

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 29. September 1993

am Donnerstag, dem 30. September 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	20, 21	Kubatschka, Horst (SPD)	4, 27
Erlar, Gernot (SPD)	49, 50	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	3, 32
Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret (F.D.P.)	1, 2	Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans (F.D.P.)	44, 45
Ganseforth, Monika (SPD)	30, 31	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	5, 37
Gres, Joachim (CDU/CSU)	33, 34	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	26, 48
Grünbeck, Josef (F.D.P.)	40, 41	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	14, 15
Habermann, Michael (SPD)	6, 7	Mehl, Ulrike (SPD)	24, 25
Harries, Klaus (CDU/CSU)	35, 36	Dr. Schnittler, Christoph (F.D.P.)	46, 47
Iwersen, Gabriele (SPD)	19	Schütz, Dietmar (SPD)	28, 29
Jäger, Claus (CDU/CSU)	16	Timm, Jürgen (F.D.P.)	42, 43
Jäger, Renate (SPD)	10, 11	Weisheit, Matthias (SPD)	17, 18
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	8, 9	Westrich, Lydia (SPD)	12, 13
Kastning, Ernst (SPD)	38, 39	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	22, 23

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
**Dr. Margret
Funke-Schmitt-Rink**
(F.D.P.)

Liegt der Bundesregierung inzwischen der Bericht des Bundesministers des Innern vor, in dem dieser durch Kabinettsbeschluß vom 7. Oktober 1992 aufgefordert worden war, aufgrund der hochschul- und arbeitsmarktpolitisch beabsichtigten Stärkung des Fachhochschulbereiches Möglichkeiten zur Verbesserung der Eingangsbesoldung von Fachhochschulabsolventen zu suchen sowie auf die Frage einzugehen, welchen Einfluß die Einstufung von Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst habe, und wie der Bedarf für die deutsche und europäische Reputation der Fachhochschulausbildung sei?

2. Abgeordnete
**Dr. Margret
Funke-Schmitt-Rink**
(F.D.P.)

Ist – angesichts der auch vom Wissenschaftsrat bekräftigten Bedeutung der Fachhochschulausbildung für die angestrebte Studienstrukturreform, für eine Reduzierung der Studienlasten und für eine insgesamt effizientere und bedarfsgerechtere Hochschulausbildung – beabsichtigt, dem Deutschen Bundestag Gelegenheit zu geben, die im Bericht enthaltenen Lösungsvorschläge vor dem bildungspolitischen Spitzengespräch der Regierungschefs von Bund und Ländern zu beraten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

3. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

In welcher Höhe sind Aufträge aus der Volksrepublik China an die deutsche Wirtschaft erstens als Ergebnis der China-Reise des Bundesministers für Wirtschaft Ende März/Anfang April dieses Jahres, bei dem von Aufträgen in Höhe von 30 Mrd. DM die Rede war, und zweitens als Ergebnis des Besuches des chinesischen Außenministers in Bonn im Mai dieses Jahres, bei dem von hohen Milliardenbeträgen, insbesondere an die neuen Bundesländer die Rede war, ergangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) Plant die Bundesregierung und/oder die NATO-Verbündeten Übungseinsätze auf dem Luft/Boden-Schießplatz Siegenburg einzuschränken und nach Grafenwöhr zu verlegen?
5. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD) Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung den Elektronischen Kampfführungs(ELOKA)-Einheiten in der verteidigungspolitischen Gesamtplanung zu, und welche konkrete Zukunftsperspektive hat das Fernmeldebataillon 940 in Daun vor dem Hintergrund der teilstreitkräfteübergreifenden Umstrukturierungsplanungen der Bundeswehr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

6. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD) Wann hat die Bundesregierung die Aktualisierung des Gutachtens hinsichtlich des Abstandsgebots zwischen unteren Lohngruppen und Sozialhilfeempfängern in Auftrag gegeben, und welches Institut wurde mit der Aktualisierung beauftragt?
7. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD) Seit wann liegen der Bundesregierung die Ergebnisse des aktualisierten Gutachtens vor, und zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung diese Ergebnisse zu veröffentlichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

8. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Verlust an Arbeitsplätzen in der pharmazeutischen Industrie und im Bereich der Laborgemeinschaften, wenn eine leistungsunabhängige Laborpauerschale für Ärzte eingeführt wird?

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Mit welchen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung rechnet die Bundesregierung bei der Einführung einer leistungsunabhängigen Laborpauschale für Ärzte? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD) | In welchen ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) und in welchen Printmedien wurden in jüngster Zeit ganzseitige Anzeigen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlicht, in denen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung geworben wird? |
| 11. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD) | Wie hoch sind die Kosten für diese Anzeigenkampagne – aufgelistet nach den einzelnen Printmedien? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 12. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Bundesvermögensamt bei der Vergabe von Bewachungs- und Unterhaltungsaufgaben für ehemalige militärische Liegenschaften oft nur Bewachungsunternehmen mit Billigangeboten bevorzugt, bei denen vor auszusehen und durch schlechte Erfahrungen oft bewiesen ist, daß sie die Aufgaben nur unzureichend erfüllen, und daß sie meist mit nicht-sozialversicherungspflichtigen Hilfskräften arbeiten, um die niedrigen Angebote unterbreiten zu können? |
|---|--|

13. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Warum erhält nicht statt dessen z. B. die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Zweibrücken mbH die Gelegenheit, durch Vergabe solcher Bewachungs- und Unterhaltungsaufgaben ehemalige Zivilbeschäftigte in originären Arbeitsbereichen zu qualifizieren, um berufliche Integrationschancen zu eröffnen, zumal in Zusammenarbeit mit der IHK Pfalz ein Ausbildungsprojekt „Werkschutzfachkräfte“ organisiert wurde, das mit Hilfe des Konver EG-Programms hätte durchgeführt werden können?
14. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Präsident der Oberfinanzdirektion Berlin aus ehemaligem alliierten Wohnungsbestand für sich eine Villa in Dahlem angemietet hat, obwohl er mit Wohnraum in Berlin ausreichend versorgt war?
15. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Wenn ja, mit welchem Aufwand an öffentlichen Geldern wurde dieses Objekt vor der Vermietung an den OFD-Präsidenten umgebaut und renoviert, und zu welcher Nettokaltmiete pro qm wurde die Villa dem Präsidenten der OFD vermietet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend

16. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesministerin für Frauen und Jugend den Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM), dessen Aufnahme in die demnächst zu erwartende Broschüre über gefährliche Jugendsekten sie erwägt, zu den konkreten Vorwürfen und Anschuldigungen angehört, die Grundlage dieser Erwägungen sind, und wenn nicht, wann soll das geschehen?
17. Abgeordneter
Matthias Weisheit
(SPD)
- Auf welche Weise werden die von der Bundesregierung aus Mitteln des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AGAG) unterstützten Initiativen – nach Bekanntwerden des

Mißbrauchs von Mitteln aus dem AGAG-Programm in Greifswald, Neustrelitz und Weimar – kontrolliert, und welche weiteren eventuellen Mißbrauchsfälle sind bei dieser Überprüfung entdeckt worden?

18. Abgeordneter
**Matthias
Weisheit**
(SPD)

Welche Untersuchungen gibt es, die den Erfolg des AGAG-Programms dokumentieren und damit die Aufstockung um 5 Mio. DM rechtfertigen?

19. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)

Ist es mit den Vorstellungen der Bundesregierung vereinbar, wenn der Zugang weiblicher Beschäftigter bei Bundesdienststellen zu der Frauenbeauftragten in ihrer Dienststelle von einer Genehmigung durch den Dienstherrn abhängig gemacht wird?

20. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Auf welcher Rechtsgrundlage beruht der Anspruch auf eine Entschädigung für die Selbstverpflegung in Höhe von täglich 11,70 DM für Zivildienstleistende, denen ihre Beschäftigungsstelle eine Gemeinschaftsverpflegung in natura nicht bereitstellen kann, und welchen Betrag müssen die Zivildienststellen hierfür jährlich aufwenden?

21. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Was plant die Bundesregierung gegen die Besserstellung der Zivildienstleistenden im Vergleich zu Grundwehrdienstleistenden – die mit Inkrafttreten des Föderalen Konsolidierungs-Programms nur noch den einfachen Verpflegungssatz von 5,85 DM erhalten – zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

22. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Muß ein Schlepperführer im Nebel die internationalen Kollisionsverhütungsregeln (KVR), insbesondere Regel 19 KVR, Regel 7 KVR und Regel 5 KVR auch dann einhalten, wenn der Schlepper am Seeschiff festgemacht hat, oder steht es noch in Einklang mit Regel 7 KVR, wenn der Schlepperführer seiner dauernden Radarbeobachtungspflicht nicht mehr nachkommen kann, weil er das geschleppte Seeschiff und die Schleppleine ständig im Auge behalten muß?

23. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Wäre der Schlepperführer, wenn er von der Pflicht zur Einhaltung der Regel 7 KVR mit dem Festmachen am Seeschiff befreit wäre, zugleich auch von jeder Mitschuld im Kollisionsfalle frei, weil er keine ausreichenden Möglichkeiten hat, das Verhalten des geschleppten Schiffes, der anderen Schlepper und des umgebenden sonstigen Verkehrs zu beobachten und selbst vorsorglich zu bewerten?
24. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, die die Schifffahrsdirektion Nordwest zur Verweigerung der Herausgabe des ökologischen Gutachtens und des hydrologischen Gutachtens zur Emsvertiefung auf 6,80 m an beteiligte anerkannte Verbände veranlaßt haben, und hält sie diese mit der EG-Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (90/313/EWG) für vereinbar?
25. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Falls der Bundesregierung Möglichkeiten der Schiffsüberführung bekannt sind, für die keine weitere Vertiefung der Ems notwendig ist, sind vergleichende Kostenrechnungen der unterschiedlichen Varianten gemacht worden, und zu welchem Ergebnis gelangen sie?
26. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt, auf welchen, aus Strukturmitteln der Europäischen Gemeinschaft geförderten Autobahnen in Europa Benutzungsgebühren verlangt werden, und was ist gegebenenfalls die Begründung dafür?
27. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wann ist mit dem Beginn des zweigleisigen Ausbaues und der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke München — Mühldorf — Simbach/Inn zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

28. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)
- Mit welcher Begründung wurde ausländischen Teilnehmern des Internationalen Endlager-Hearings seitens der Bundesregierung nahegelegt, nicht am Hearing des niedersächsischen Umweltministeriums in Braunschweig teilzunehmen?

29. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- In welcher Form hat die Bundesregierung sichergestellt, daß sie über die Ergebnisse des Internationalen Endlager-Hearings umfassend und unverzüglich informiert wird, und inwieweit wird die Bundesregierung die Ergebnisse des Hearings in ihre Überlegungen zur Frage der Endlagerung einfließen lassen?
30. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Hält die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß es noch in keinem Land der Erde ein sicheres funktionstüchtiges Endlager für hochradioaktiven Müll gibt, einen internationalen Erfahrungsaustausch über Anforderungen, Kriterien und Defizite bezüglich Endlagertechniken sowie deren Weiterentwicklung unter der Beteiligung von Politik, Wissenschaft, Industrie und Umweltverbänden für notwendig, und hält sie beispielsweise das von der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn durchgeführte Hearing sowie die international besetzten vorbereitenden Arbeitsgruppen zu den Themen Schutzziele, Barrieren, Standortvorauswahl und Eignungsnachweis für ein geeignetes Instrument?
31. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Warum nehmen keine Vertreter des Umweltministeriums und der nachgeordneten Behörden am Internationalen Endlager-Hearing der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn und an den vorbereitenden Arbeitsgruppen teil, und aus welchen Gründen wurde ihnen die Teilnahme untersagt?
32. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der einhelligen Aussage aller auf dem von der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn veranstalteten Endlager-Hearing in Braunschweig, wonach weder Gorleben noch Schacht Konrad, noch Morsleben als Standort für ein atomares Endlager geeignet sind?
33. Abgeordneter
Joachim Gres
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung den Strafantrag des Bundesamtes für Strahlenschutz gegen die Personen, die die Zufahrten zu dem Atomlager Morsleben – unter Ausübung von Ausweis- und Zugangskontrollen – blockiert haben, und welche Schritte sind gegen diejenigen Personen eingeleitet worden, die diese Blockade vorbereitet bzw. geplant haben?
34. Abgeordneter
Joachim Gres
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung aufgrund der Prüfungen zur Stellung eines Strafantrags bekannt geworden, auf welcher organisatorischen Ebene der Umweltorganisation „Greenpeace“ die Entscheidungen über Blockade-Aktionen – wie z. B. die am 5. Juli 1993 erfolgte Blockade eines Güter-

zuges mit abgebrannten Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Grundremmingen bzw. die am 17. August 1993 begonnene und erst am 3. September 1993 durch polizeiliche Räumung beendete Blockade des Endlagers für radioaktive Abfälle in Morsleben – getroffen werden?

35. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung noch Chancen, daß eine internationale Reaktorsicherheitskonvention vereinbart werden kann?

36. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)

Wo liegen gegebenenfalls Hinderungsgründe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

37. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung Einschätzungen, daß in Rheinland-Pfalz durch die anstehende Strukturreform bei den Postunternehmen in den kommenden Jahren Teil- und Vollzeitarbeitsplätze von rund 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlorengehen, und wie gewichtet die Bundesregierung Forderungen nach einem spartenübergreifenden Personalgesamtkonzept der Deutschen Bundespost, um Berufsperspektiven zu erhalten und soziale Härten zu vermeiden?

38. Abgeordneter
**Ernst
Kastning**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das von der Deutschen Bundespost/POSTDIENST häufig angewandte Schnellverfahren zur Schließung von Postschaltern sowie zur Reduzierung/Umstrukturierung von POSTDIENST-Leistungen in der Fläche, das Amtsvorstehern keine Chance läßt, sich mit den Gemeinden ausreichend ins Benehmen zu setzen und die Postkunden rechtzeitig zu unterrichten und schon allein deshalb zu großem Unmut bei den Betroffenen führt?

39. Abgeordneter
**Ernst
Kastning**
(SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Nummern 11.1 (Unterrichtung der Postkunden) und 11.2 (Unterrichtung der Gemeinden) im „Konzept des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen für die künftige Postversorgung auf dem Lande“ in der Praxis des Unternehmens POSTDIENST Geltung zu verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

40. Abgeordneter
Josef Grünbeck
(F.D.P.)
- Inwieweit unterscheidet sich die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten (DARA) von konventionellen Projektträgern des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, und welche Bemühungen unternimmt sie, diesen Unterschied auszubauen?
41. Abgeordneter
Josef Grünbeck
(F.D.P.)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten, neben dem Bundesministerium für Forschung und Technologie andere Ressorts für Raumfahrt-Engagements zu gewinnen, und mit welchem Erfolg?
42. Abgeordneter
Jürgen Timm
(F.D.P.)
- Inwieweit unterscheidet sich die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten von konventionellen Projektträgern des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, und welche Bemühungen unternimmt sie, diesen Unterschied auszubauen?
43. Abgeordneter
Jürgen Timm
(F.D.P.)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten, neben dem Bundesministerium für Forschung und Technologie andere Ressorts für Raumfahrt-Engagements zu gewinnen, und mit welchem Erfolg?
44. Abgeordneter
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
(F.D.P.)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten, die kommerzielle Nutzung und Anwendung der Raumfahrt stärker als bisher zu fördern?
45. Abgeordneter
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
(F.D.P.)
- Welche Schwerpunktsetzungen, auch in der Personalverteilung, wurden im Hinblick auf Frage 44 innerhalb der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten vorgenommen?
46. Abgeordneter
Dr. Christoph Schnittler
(F.D.P.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, an der bisherigen Struktur und personellen Besetzung der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten festzuhalten?
47. Abgeordneter
Dr. Christoph Schnittler
(F.D.P.)
- Ist es nach Ansicht der Bundesregierung sinnvoll, wenn der Aufsichtsrat der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten mit hohen Ministerialbeamten besetzt ist oder diese diesem Gremium sogar vorsitzen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

48. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Womit begründet Polen offizielle Aussagen bei staatlichen Festveranstaltungen und in polnischen Schulbüchern über „Schlesiens Weg zum polnischen Mutterland“ und die Aussagen über die „wiedergewonnenen Westgebiete“, obwohl Polen vertraglich und aus freien Stücken bereits im Jahre 1334 für alle Zeiten die Zugehörigkeit Schlesiens zu Polen verneint hatte und auch seitdem bis in die neuere Geschichte keine Teile Schlesiens oder Oberschlesiens zu einem polnischen Staatswesen als „Mutterland“ gehörten, und wie sorgt demgegenüber die Bundesregierung, die die Interessen aller Deutschen zu vertreten hat, für die Beachtung der geschichtlichen Wahrheit im Rahmen einer angestrebten deutsch-polnischen Verständigung?

49. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Mit welchen Vorschlägen für die gesamte Mission und Angeboten für eine deutsche Beteiligung geht die Bundesregierung in die NATO-Beratungen über die Entsendung eines Kontingents von bis zu 50 000 Soldaten zur Absicherung einer Friedenslösung in Bosnien-Herzegowina?

50. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Hält die Bundesregierung die mögliche Entsendung von 50 000 Mann NATO-Truppen nach Bosnien-Herzegowina, die dort einem entsprechenden UNO-Mandat folgend einen Friedensplan auch durch Kampfeinsätze durchsetzen müßten, mit den vertraglich vereinbarten Aufgaben der NATO vereinbar, und auf welche Vertragsregelungen und Bündnis-Dokumente beruft sich die Bundesregierung gegebenenfalls hierbei?

Bonn, den 24. September 1993